

Deutschland: Katholikenkomitee fordert Segnungsfeiern

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hat seinen Ruf nach einer kirchlichen Segnung von schwulen und lesbischen Paaren erneuert.

„Es muss aber eine klare Abgrenzung zu einer Ehe geben“, betonte ZdK-Präsident Thomas Sternberg in einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung (Samstag-Ausgabe). „Und wenn eine Segnung vorgenommen wird, ist es meiner Meinung nach wichtig, dass es nicht auf spektakuläre Art und Weise geschieht.“ Das Thema „im Grundsatz weiterzuentwickeln“ und so etwas wie eine offizielle Leitlinie zu erarbeiten, sei Aufgabe der Deutschen Bischofskonferenz.

Sakrament der Ehe nur zwischen Mann und Frau

Nach katholischer Lehre kann es das Sakrament der Ehe nur zwischen Mann und Frau geben. Um das unmissverständlich deutlich zu machen, lehnen die katholischen Bischöfe bisher nicht nur Trauungen, sondern auch gemeinsame Segnungen gleichgeschlechtlicher Lebenspartner ab.

Anfang des Jahres hatte der Osnabrücker Bischof Franz-Josef Bode eine Debatte angeregt. „Man kann zum Beispiel über eine Segnung nachdenken – die nicht zu verwechseln ist mit einer Trauung“, sagte Bode in einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. „Wir müssen in der Kirche ausführlicher darüber diskutieren. Schweigen und Tabuisieren führt nicht weiter und verunsichert.“

Innerhalb der evangelischen Landeskirchen in Deutschland ist die Beschlusslage zum Umgang mit gleichgeschlechtlichen Paaren unterschiedlich: Während etwa die Evangelischen Kirchen in Hessen und Nassau oder im Rheinland Traugottesdienste für gleichgeschlechtliche Paare ermöglicht, lehnt die württembergische Landeskirche Segnungen ab.

Kirchenasyl ist sinnvoll

Im selben Interview hat der Zdk-Präsident das Kirchenasyl verteidigt. Es handle sich um „eine der ältesten Asylformen, die es gibt“, sagte Sternberg. „Es sollte immer ermöglichen, für einen gewissen Zeitraum innezuhalten und zu prüfen, ob noch weitere Argumente eine Rolle spielen.“ Zuletzt hatte es wiederholt Debatten über das Kirchenasyl gegeben.

Sternberg betonte, es sei nie darum gegangen, „einen Menschen gegen bestehendes Recht über lange Zeit dem staatlichen Zugriff zu entziehen“. Stattdessen stehe beim Kirchenasyl die Frage im Vordergrund, ob alle Aspekte des jeweiligen Falls von den zuständigen Stellen bereits bedacht worden seien. Im Zweifel hätte der Staat das Recht, in Kirchen einzugreifen und Festnahmen durchzuführen, „aber es gibt gute Gründe, warum man keine Polizeieinsätze in Kirchen durchführt“.

Sternberg weiter: „Selbstverständlich hat die Zuwanderung in einen Staat wirtschaftlich, sozial und gesellschaftlich bedingte Grenzen.“ Diese Grenzen auszuloten, „gerade auch, um den Schutzbedürftigen den erforderlichen Schutz geben zu können“, bezeichnete der ZdK-Präsident als „gewaltige gesamtgesellschaftliche Herausforderung“.

Zugleich warnte er davor, „Zuwanderung zu dämonisieren und zur alleinigen Ursache aller politischen und gesellschaftlichen Probleme zu stilisieren“. Das ZdK ist das höchste repräsentative Gremium des deutschen Laien-Katholizismus.